

Eine ungeheuerliche Provokation

Polizei löst geschlossene RPD-Rundgebung auf

Düsseldorf, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestern abend in Düsseldorf stattgefundene RPD-Feier wurde 20 Minuten nach Beginn von der Polizei für aufgelöst erklärt. Als Vorwand wurde angegeben, daß einige Arbeiter Versammlungsverbote bereits vorher durch den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten vorbereitet worden, der ein ungeheures Aufgebot mit Karabinern und Maschinengewehren geschickt hatte. Die Arbeiter beantworteten diese Provokation durch Masseneintritte in die kommunistische Partei. Allein in dieser Versammlung wurden 88 Aufnahmen für die kommunistische Partei gemacht.

Soalbeystoff gegen die RPD

Auf Veranlassung der Polizei wurde den Kommunisten in Wohnungen der seit 4 Wochen festgesetzte Stadtparksaal zwei Tage vor der RPD-Feier wieder entzogen. Damit sind in ganz Göttingen sämtliche Versammlungsräume für die revolutionäre Arbeiterbewegung gesperrt. Aber auch dieser Terror wird vom Vorkammit der kommunistischen Partei nicht hindern und wird die Sympathien und das Vertrauen zur Arbeiterbewegung nur stärken.

Landbund kehrt zum Arbeitermord

Die Polizei hat schlecht gezelt! — „Sie mühte die kommunistischen Führer aufs Korn nehmen“

Die Südhildesheimer Bauernzeitung, das Landbundorgan für Ostfalen, fordert ganz offen die Ermordung von Kommunisten und bemerkt damit nur, wie trotz dieses konterrevolutionären Gesindels bereits auftritt. Der Landbund ist in Sachsen Regierungspartei, und die Aufforderung zur Ermordung von Arbeitern ist somit eine Angelegenheit, für die das Kabinett Bürger von Killinger-Grahn voll verantwortlich ist. Das Kampfbündel in Weihen schreibt:

Diese bedrängten und mißhandelten Staatsdiener (die Polizei in Hartmannsdorf), die ganz offenkundig viel zu spät von ihrem Rotwechsellicht Gebrauch und auch scheinbar sehr schlecht gezelt haben (warum hat man nicht die verbrüderlichen Aufseher aufs Korn genommen?)

Diese offene Sprache der Junker muß Alarm sein für die Arbeitermassen, den Kampf um ihre Existenz, die Nationalisierung und das kapitalistische System zu verstärken und sich enger an ihre Führer, die RPD, anzuschließen.

Polizeiterrror gegen Kongresse der revolutionären Opposition

Der sozialfaschistische Polizeipräsident von Harburg hat bereits am 22. Januar, noch ehe das Demonstrationsverbot in Hamburg verhängt war, Flugblätter beschlagnahmten lassen, in denen zum Hungerstreik nach Hamburg auf den 1. Februar aufgefordert wird.

Die Polizei in Stollberg (bei Köln) beschlagnahmte Sammelbüchlein, mit denen die Erwerbslosen die Finanzierung ihrer Delegierten zur Kölner Bezirkskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchzuführen wollten. Die Erwerbslosen haben aber natürlich die Sammlung nicht eingestellt, sondern weiter fortgesetzt.

Proletarische Antwort auf den sozialfaschistischen Terror:

Die Arbeiter demonstrieren trotz Verbot

Hamburg, 25. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Für gestern um 20 Uhr hatte die RPD zu einer RPD-Rundgebung für Hamburg aufgeboten. Aus allen Stadtteilen rüdten die Arbeiter, trotz Demonstrationsverbots, in geschlossenen Jügen an. Aus Neustadt, St. Pauli, über den großen Neumarkt ein kraft disziplinierter Zug von über 1000 revolutionären Arbeitern, unter dem Gesang revolutionärer Lieder.

Aus der Reustädter Straße führte sich ein Ueberfallkommando auf den Zug, wagte aber nicht, einzugreifen. Ein späteres Mal verfuhr die Schupo des Sozialfaschisten Schindler, den Zug auseinanderzuschlagen und schlug auf die Arbeiter ein. Geschlossen wehrte die Arbeiterwehr den Versuch ab. Wiederum versuchte die Schupo, den Zug zu sprengen. Als ihr das nicht gelang, feuerte sie in die Massen und verwundete einen Jungarbeiter schwer durch einen Beinbeschuß. Im selben Augenblick rüdte der Altmariner Zug an. Die Auseinandersetzung des Zuges mißlang. Die Schupo verhaftete 3 Arbeiter. Da die Rundgebung von Tausenden von Arbeitern überfüllt war, mußten Parallelsammlungen durchgeführt werden. Trotz Parallelsammlungen war es nicht möglich, all die anströmenden Arbeiter unterzubringen. Da die Massen vor dem Parteibüro sich häuften, rüdte ein verheißenes Ueberfallkommando an, um die Straßen abzukämmen. Trotz brutalen Vorgehens der Schupo konnte diese nicht verhindern, daß die Massen ihren festen Willen bekundeten, gegen jedes Demonstrationsverbot des sozialfaschistischen Polizeipräsidenten Schindler zu kämpfen.

Bersährfter Polizeiterrror in Worms

Auch Versammlungen in geschlossenen Räumen verboten

Daß die Sozialfaschisten schon vor dem Inkrafttreten des Kommunitätsgesetzes aus dem Gesetzlichen Belagerungszustand das offen eingeständene Ausnahmeverbot gegen die Arbeiterbewegung machen, zeigt folgender Erlaß des Polizeidirektors in Worms:

Polizeiamt Worms

Worms, 18. Januar 1930.

In Ergänzung unserer Versammlungsverbote verbieten wir bis auf weiteres die von dem Roten Frauen- und Mädchenbund, dem kommunistischen Jugendverband Deutschlands, der Roten Hilfe, der Internationalen Arbeiterhilfe, der Gewerkschaft proletarischer Arbeiter und dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges, und der Arbeit unter freiem Himmel, auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung, wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Klapproth, Polizeidirektor.

Der Sozialfaschist Kaufmann führt in Worms bereits durch, was seine Parteigenossen Erzstift und Severin im Reich beabsichtigen. Die Verbote geschlossener Versammlungen aller proletarischen Organisationen die nicht sozialfaschistisch eingestellt sind, müssen ein Alarmzeichen für die gesamte Arbeiterklasse ganz Deutschlands sein.

Unter Führung der Sozialfaschisten:

Aufhebung der Immunität RPD-Abgeordneter

Bei den Gen. Schneller, Kemmele, Ubricht, Maddalena und Rippenberger Immunität aufgehoben

Berlin, 24. Januar 1930. (Eigener Bericht.)

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beendete am Freitag seine Beratungen über die Anträge des Oberreichsanwalts auf Aufhebung der Immunität zahlreicher kommunistischer Abgeordneter.

Zu dem noch nicht erörterten Antrag gegen den Genossen Kemmele schlug der Berichterstatter, der Volkspartei angehört, die Aufhebung der Immunität für die Sommerferien vor. Selbstverständlich lehnte sich auch der Oberreichsanwalt Dr. Neumann für diesen Antrag ein. Die Genossen Gschke und Stocker zeigten nochmals die ungeheuerliche Verletzung auf, die jetzt von Geschäftsordnungsausschuß beschlossen werden sollte. Seit dem Abgange 1918 sei die Immunität der Abgeordneten nie während der Sommerferien aufgehoben worden. Ein solcher Beschluß diene nur der Verharmlosung und Unterdrückung der kommunistischen Fraktion, da nach Annahme des Republikuhngesetzes das Reichsgericht ohne weiteres in der Lage sei, Justizwahlen zu fällen, womit dann den Betroffenen automatisch die Abgeordneteneigenschaft aberkannt werde.

Am 10. lebhafter aber traten die Sozialdemokraten Heilmann und Hildebrandt für die Aufhebung der Immunität ein. Der Zentrumsabgeordnete Bell und die deutschnationalen Abgeordneten Graf (Thüringen) und Berndt sprachen sich ebenfalls für die Aufhebung der Immunität aus. Auf Antrag des Abgeordneten Bell wurde ausdrücklich beschlossen, daß bei Aufhebung der Immunität für die Sommerferien das gesamte Verfahren schon vorher laufe, damit die Hauptverhandlung sofort bei Beginn der Ferien stattfinden könne.

Darauf wurde die Gesamtstimmung vorgenommen und mit den Stimmen aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, beschlossen, die Immunität des Abgeordneten Schneller wegen der ihm zur Zeit gelegten Vorbereitungen zum Hochverrat mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Abrechnung mit Brandleristen in Offenbach

Frankfurt a. M., 25. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

In Offenbach a. M. fand am Freitag abend eine öffentliche, von der RPD einberufene Versammlung statt, um mit der Brandleropposition und Galm-Gruppe abzurechnen. Im überfüllten Saale waren 1500 Arbeiter, über 200 fanden keinen Einlaß mehr. Galm selbst war trotz besonderer Einladung nicht erschienen. Er hatte in einem Anschlag auf den Arbeitssamt sein Nichterscheinen angekündigt und hatte diese Gelegenheit zu einer schamlosen Verleumdung gegen führende Genossen der RPD benutzt. Die Versammlung, die die größte Versammlung war, die seit Jahren in Offenbach stattgefunden hatte, unterbrach durch Pfeilschüsse und Rot-Front-Rufe. Einmündig wurde eine Resolution angenommen, in der die Offenbacher Arbeiterbewegung von den arbeitserfindlichen Renegaten abtrübt und der kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationalen das unbedingte Vertrauen und treue Gesolgenschaft in den kommenden Kampfen der deutschen Arbeiterbewegung ausdrückt. Galm hatte seinen Anhängern den Beisitz gegeben, nicht in die Versammlung zu gehen. Trotz aller Gegenmaßnahmen waren die meisten erschienen. 25 Arbeiter erklärten ihren Beitritt in die RPD.

haben. Die Immunität der Genossen Kemmele, Ubricht und Maddalena ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat für die Sommerferien aufzuheben. Die Immunität des Genossen Rippenberger wurde ebenfalls für die Sommerferien aufgehoben, weil Rippenberger in Oberhessen einen Demonstrationsszug geleitet haben soll, bei dem die Kirche beleidigt worden sei.

Für die Arbeiter besonders interessant ist auch die Haltung der „linken“ Sozialdemokraten, die sich genau so wie Heilmann und Hildebrandt vollkommen mit den bürgerlichen Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, solidarisierten. Der schäblichste „linke“ Saupse und der Thüringer „linke“ Dietrich stimmten in geschlossener Einheitsfront mit dem bürgerlich-sozialdemokratischen Block für die Aufhebung der Immunität aller genannten Abgeordneten.

Diese Beschlüsse des Reichstages zeigen deutlich den sozialfaschistischen Terrorort, der jetzt überall in steigendem Maße gegen die Arbeiterklasse eingeleitet wird.

Die Arbeiter müssen auf die Bestrebungen der Bourgeoisie, die kommunistische Partei zu knebeln, mit Masseneintritt in die kommunistische Partei antworten.

Der Milliardär und sein Reichstag

Ein „bedürfnisloser Junggehilfe“

Berlin, 24. Januar. (Eig. Bericht.)

In der Freitagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages fand die Beratung des Jünderholzausbeleges auf der Tagesordnung. Eingangs gab Finanzminister Mosdener eine ziffernmäßige Darstellung der Kassenlage des Reiches. Danach ist mit einem Reihbetrag von 140 Millionen im März zu rechnen, der die Ende Mai bereits auf 273 Millionen answellen wird. Durch steuerliche Mehreinnahmen im zweiten Vierteljahr und durch die ersten Auswirkungen der Kreuzer-Anleihe hofft der Finanzminister, bis Ende Juni aus der Defizitwirtschaft herauszukommen. Wörtlich erklärte Mosdener: „Ohne Kreuzer-Anleihe ist der Juli-Ultimo nicht zu überwinden.“ Auf Zwischentritt kamerte der Minister, daß bei dieser Darstellung der Finanzverhältnisse des Reiches die Reparationserleichterungen des Youngplans in Verhältnis zum Damascplan bereits eingerechnet sind. Nicht äußerte sich Mosdener darüber, ob dabei auch die Auswirkungen der von Silberding angeforderten Steuerreform berücksichtigt ist.

Die Mehrheit des Ausschusses lehnte eine Debatte über die Ausführungen des Reichsfinanzministers ab. Dafür bekamen zwei sogenannte Sachverständige das Wort. Am bemerkenswertesten und am schrecklichsten für die Verhandlungen mit Juar Kreuzer über die Einrichtung des Monopols. Dieser „Sachverständige“, Dr. Kämer, begann seine Ausführungen mit der Versicherung, daß er nicht Aufsichtsrat im Schwedenrat sei. Das ist schon verächtlich. Das sollte leistete sich dieser „objektive“ Sachverständige jedoch bei seiner Ehrenrettung für den schwebeligen Milliardär, dessen Kapitalismus er auf 2,6 Milliarden bezifferte. Er wandte sich gegen den Genossen Reubauer, der im Reichstag Juar Kreuzer einen Rüstungsgenossen genannt hat. Eine solche Bezeichnung verdiene Kreuzer nicht. Alle, die ihn leugnet hätten, würden den Eindruck bekommen haben, daß er ein kluger Mensch sei (Was allerdings nicht zu bezweifeln ist. Die Red.), im übrigen ein bedürfnisloser Junggehilfe (!) (Zurück der Kommunisten: Man sehe ihm ein Denkmal!)

Von diesem „Sachverständigen“ erzählt man weiter, daß der „bedürfnislose Junggehilfe“ die Reueuerung für Kreuzer-Jugge forderte, damit die Kerker der Armen gesunken würden, seine verteuerten Jünderholzausbeleg zu kaufen. Charakteristisch für die Einstellung dieses Sachverständigen war auch die Bemerkung, daß der Wert der übrigen deutschen Jünderholzausbeleg, die noch nicht von dem Schweden beherzigt wird, von Juar Kreuzer aus der Portofalke bestraft werden könnte. Juar Kreuzer kann also beruhigt sein — der „Sachverständige“ ist gut.

Der zweite Sachverständige beschäftigte sich mit den Anleiheverhandlungen. Man erfährt aus seinem Munde, daß die Verhandlungen bereits im August 1929 begonnen wurden, also zu jener Zeit, als Silberding den berühmten Auspruch tat, daß Geld genug da wäre, um auch die zweite Panzerkreuzerflotte zu bewilligen. Die Effektivverzinsung der Anleihe betrage er mit 6,87 Prozent bei Zurundlegung eines fünfjährig garantierten Gewinnes von 6,50 Mill. pro Riffie für den Schwedenrat. Diese Ziffern sind falsch, in Wirklichkeit sind Gewinn und Effektivbelastung weit höher.

Die Deutsche Volkspartei beantragte Vertagung. Die Verhandlungen hatten also bisher noch keine Einigung erzielt. Am Sonnabend gehen die Beratungen weiter.

Antifaschistische Arbeiterwehr in Breslau verboten

Auf dem Breslauer Polizeipräsidium wurde am 22. Januar mehreren Genossen erklärt, daß die Breslauer Arbeiterwehr „aufgelöst“ sei. Das Polizeipräsidium sei zu der Auffassung gekommen, daß die Arbeiterwehr eine Fortsetzung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes darstellen würde. Auf den Protest unserer Genossen wurde erklärt, „weitere Erörterungen sind zwecklos, an der Auflösung ist nichts zu ändern.“ Auch der Hinweis, daß nachweislich über 80 Prozent der Mitglieder der Arbeiterwehr als Mitglieder des RPD gemeldet seien, änderte nichts. Der Vertreter des Polizeipräsidiums konnte zwar nicht beweisen, daß die Arbeiterwehr an Stelle des nicht zu verbietenden RPD getreten sei, aber er kündigte trotzdem an, daß alle weiteren Zusammenkünfte der Arbeiterwehr mit Polizeieinsatz verhindert werden würden, und daß ebenfalls in der Provinz die Arbeiterwehr in den nächsten Tagen aufgelöst würde.

Die Polizeibehörden wissen sehr gut, daß der RPD nicht zu verbieten ist und daß die Arbeiterwehr mit dem RPD nicht identisch ist. Das Verbot der Arbeiterwehr hat in Breslau und ganz Schlesien die größte Empörung unter der Arbeiterbewegung hervorgerufen, zeigt es doch, daß die sozialfaschistischen Minister entschlossen sind, alle Arbeiterorganisationen, die auf dem Standpunkte des revolutionären Klassenkampfes stehen, zu verbieten.

Aber Severins Blutherrschaft wird das Proletariat nicht daran hindern, die Pläne der deutschen Bourgeoisie zu durchkreuzen und im Kampf um die Aufrichtung der proletarischen Diktatur Regierd vorwärtszuschreiten.

Die Angst vor der Agitation in der Reichswehr

Bürgerlichen Zeitungsmedlungen zufolge haben sich das Reichswehrministerium und die Polizei zu einer engen Zusammenarbeit zur Abwehr der von Kommunisten ausgehenden Propaganda unter der Reichswehr und der Marine verständigt. Die politische Polizei solle bemüht sein, eine geheime Druckerei der Kommunisten zu finden. In den letzten Tagen seien von den Toren einer Kaserne und auch in der Kaserne eines in Reuzuppin untergebrachten Infanterieregiments Flugblätter gefunden worden, in denen die Soldaten gegen die Offiziere aufgeführt wurden. Von den Zettelverteilern sei bis jetzt noch keiner ermittelt worden.

Auch diese Meldung zeigt nur erneut die hysterische Angst, die die Reichswehrleitung, genau wie die Marineleitung, davon haben, daß die Proletarier im Wasserrod über ihre wirkliche Lage aufgeklärt werden.

Die Polizei sorgt für Unordnung

Anlässlich der trotz Demonstrationsverbots durchgeführten Protestmärsche der Chemiker Arbeiterbewegung gegen das Stadtbüro in Hartmannsdorf, schreibt die bürgerliche Chemiker Allgemeine Zeitung in ihrer Nummer 17 vom 22. Januar:

... die Kommunisten ordneten sich aber zu einem langen Zuge... es nahnte eine Abteilung herrliche Polizei, es gelang aber, Unordnung in den Zug zu bringen, wobei der Gummiknüppel verschiedentlich nachhelfen mußte.

Nach Meinung dieser Allgemeinen Zeitung bestand also die Aufgabe der Polizei darin, in einen geschlossenen Demonstrationsszug, deren Teilnehmer ehrliche Klassenbewusste Arbeiter sind, Unordnung hineinzubringen. Die Arbeiteröffentlichkeit wird dieser bürgerlichen Journaille für dieses Eingeständnis dankbar sein.